

## **DATENSCHUTZINFORMATION für das Tiefbauamt**

Seit dem 25.05.2018 sind in allen EU-Mitgliedsstaaten die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) anzuwenden.

Die allgemeinen Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung in der Stadt Dessau-Roßlau geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte, die sich aus den Datenschutzregelungen ergeben.

Wir legen großen Wert auf den Schutz Ihrer Daten und die Wahrung Ihrer Privatsphäre. Wir verarbeiten Ihre Daten daher ausschließlich auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen.

### **1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:**

Die Stadt Dessau-Roßlau vertreten durch den Oberbürgermeister, Herrn Peter Kuras, Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau, E-Mail: [ob@dessau-rosslau.de](mailto:ob@dessau-rosslau.de), Telefon: 0340 204 1000, Fax: 0340 204 1201 verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Tiefbauamt, [tiefbauamt@dessau-rosslau.de](mailto:tiefbauamt@dessau-rosslau.de), Tel. 0340 204 2066

### **2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau-Roßlau  
E-Mail: [datenschutz@dessau-rosslau.de](mailto:datenschutz@dessau-rosslau.de)  
Telefon: 0340 204 1709  
Fax: 0340 204 1201

### **3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Das Tiefbauamt benötigt personenbezogene Daten um Genehmigungen und Erlaubnisse nach straßenrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen Bestimmungen und privatrechtlichen Vereinbarungen zu erlassen sowie zur Abwicklung von Werk-, Ingenieur-, Bau-, Instandhaltungs- und Wartungsverträgen. Dies gilt auch für die Durchführung von Straßenplanungen, Straßenbaumaßnahmen sowie für die Verkehrstechnik. Die personenbezogenen Daten werden in dem Verfahren verarbeitet, für das sie erhoben wurden.

Die Bearbeitung erfolgt auf Basis von Bundes- und Landesgesetzen (z.B. BGB, StrG LSA).

Um Abgaben (insbesondere Beiträge und Gebühren) nach den gesetzlichen Vorschriften festzusetzen und zu erheben, benötigen wir personenbezogene Daten (§ 85 Abgabenordnung). Die Berechtigung zur Erhebung und Verarbeitung von Daten ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1e DS-GVO.

### **4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Alle personenbezogenen Daten, die an uns zur Erfüllung unserer straßenrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen und privatrechtlichen Aufgaben oder uns in einem abgabenrechtlichen Verfahren bekannt geworden sind, dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Eine Übermittlung an ein Drittland erfolgt unsererseits nicht.

Folgende Daten werden verarbeitet:

- persönliche Identifikations- und Kontaktangaben - hierzu zählen z.B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Telefonnummer,
- Vertretungsbefugnisse,
- Eigentums- und Nutzungsrechte an Grundstücken und an den darauf befindlichen Anlagen,
- Bürgschaften,
- Rechtsbehelfe,
- für die Festsetzung und Erhebung von Abgaben (Beiträge und Gebühren) erforderliche Informationen, z. B. Größe und Lage des Grundbesitzes,
- Angabe über geleistete oder erstattete Beiträge und über abgegebene Steuererklärungen,
- aus öffentlichen Registern (z.B. Grundbuch, Handelsregister, Vereinsregister).

Wir erheben Ihre personenbezogenen Daten in erster Linie bei Ihnen selbst, z. B. durch Ihre Mitteilungen oder Anträge.

Darüber hinaus erheben wir Ihre Daten bei Dritten, soweit diese gesetzlich zur Mitteilung an uns verpflichtet sind (z. B. Übermittlung von Meldedaten von Gemeinden oder Grundbucheinsichten bei der Festsetzung von Abgaben).

## **5. Dauer der Speicherung**

Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für das Verfahren erforderlich sind. Maßstab sind vor allem die Fristen für die Aufbewahrung der Verfahrensakten.

## **6. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht auf Auskunft über die bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO) sowie auf deren Berichtigung (Art. 16 DS-GVO) oder Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DS-GVO). Ferner besteht ein Widerspruchsrecht (Art. 21 DS-GVO) gegen die Verarbeitung, soweit diese nicht ausschließlich zur Aufgabenerfüllung erfolgt; ein Recht auf Übertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) der von Ihnen bereitgestellten Daten.

Sollten Sie von Ihren Betroffenenrechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Dessau-Roßlau, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Die Betroffenen haben nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO ein Beschwerderecht für den Fall des Vorliegens eines Verstoßes gegen gesetzliche Bestimmungen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde befindet sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Geschäftsstelle und Besucheradresse: Leiterstraße 9, 39104 Magdeburg, Telefon: +49 391 81803-0, Telefax: +49 391 81803-33, E-Mail: [poststelle@ldf.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@ldf.sachsen-anhalt.de), Internet: [www.datenschutz.sachsen-anhalt.de](http://www.datenschutz.sachsen-anhalt.de).